



DOKUMENTATION

DER

RUNDEN TISCHE
2006



vorgelegt von
Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin



**Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Landesfreiwilligenagentur Berlin



Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin
Torstr.231 * 10115 Berlin
Fon: 20 45 06 36
Fax: 20 45 05 69
treffpunkt@freiwillig.info

Inhaltsverzeichnis

1. Runder Tisch 2006	25.09.2006	Seite 1
„Quoten für die Partizipation von Migranten/innen In öffentlichen Gremien“		
2. Runder Tisch 2006	06.11.2006	Seite 11
„Strategien der Engagementförderung in Schulen“		
3. Runder Tisch 2006	27.11.2006	Seite 23
„Engagementförderung von und für Senioren/innen“ - unter besonderer Berücksichtigung von älteren Migranten/innen		

Quoten für die Partizipation von Migranten/innen in öffentlichen Gremien

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Koordination: Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
Moderation: Carola Schaaf-Derichs
Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion
Ort: Berliner Abgeordnetenhaus
Datum: 25. September 2006, 17:00 bis 19:00 Uhr



Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs

Frau Schaaf-Derichs stellt die Aufgaben der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft vor und erklärt das Patenschaftsmodell der Runden Tische, die seit 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen, von Treffpunkt Hilfsbereitschaft durch die Unterstützung der Abgeordneten aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und der Senatsverwaltung für Soziales stattfinden konnten.

Kurzer Rückblick auf den Runden Tisch: Migration und Integration als Aufgabenfeld für Bürgerschaftliches Engagement

Frau Weigl fasst die wichtigsten Ergebnisse des 1. Runden Tisches zum Thema Migration und Integration zusammen.

- Freiwilliges Engagement von Migranten/innen gibt es vielfach in den eigenen Communities der Migranten/innen, dies werde von der Öffentlichkeit jedoch nicht als bürgerschaftliches Engagement wahrgenommen.
- Zukünftig gilt es „Mischkulturen“ in der Engagementförderung zu entwickeln, so wie es im vorgestellten Beispiel des AWO-Begegnungszentrums praktiziert wird.
- Für die Gewinnung von Migranten/innen ist die persönliche Ansprache die effektivste Zugangsmöglichkeit. Andere Formen wurden als wenig erfolgreich dargestellt.
- Engagementförderung von Migranten/innen wurde als wichtiger politischer Auftrag formuliert. Die Frage der finanziellen Unterstützung von Engagementpolitik für Migranten/innen muß daher auf der politischen Ebene beantwortet werden.
- Die Zielrichtung einer Engagementförderung von Migranten/innen müsse eine Öffnung der Beteiligungsformen bewirken. Bis hin zu der Frage nach einer Quotierung für Migranten/innen in kommunalen Gremien. Durch adäquate Beteiligungsformen können, insbesondere in den bisher eher ausgegrenzten Bereichen, wie bspw. im Seniorenbereich, Migranten/innen angesprochen werden.

Einführung durch Frau Radziwill, MdA (SPD-Fraktion)



Frau Radziwill begrüßt die Fortsetzung der Diskussion des letztjährigen Runden Tisches mit der Vertiefung des Themas „Quote“ als Instrument der Partizipation von Migranten/innen bei dieser Diskussionsrunde.

Frau Radziwill äußert keine einheitliche Haltung zu einer Quote. Es gibt Bereiche, in denen eine Quote sinnvoll ist, wie z.B. das „Seniorenmitwirkungsgesetz“, das in Berlin als erstes Bundesland die Partizipationsmöglichkeiten von älteren Menschen gesetzlich regelt.

Sie verwehrt sich gegen eine Generalhaftung der wenigen Migranten/innen, die häufig in Gremien vertreten sind. Von Seiten der Migranten/innen wird beklagt, dass die Einladungen nur Alibi-Funktion haben und nicht wirklich gleichberechtigt und auf „Augenhöhe“ diskutiert wird. Frau Radziwill betont, dass dafür Eigeninitiative von beiden Seiten notwendig ist. Ein grundsätzliches Interesse von Seiten der Migranten/innen sollte vorhanden sein. Es dürfe von den Migranten/innen nicht a priori erwartet werden, dass sie Experten der rechtlichen Strukturen sind. Die Einführung in das politische Prozedere oder spezifische Themen wie z.B. Migrationspolitik erfordern Toleranz und Nachsicht von der Gegenseite für die Lernenden. Selbstorganisatorisches und nachbarschaftliches Potential ist zahlreich vorhanden, jedoch nicht in den klassischen Strukturen, sondern in eigenen, weniger offensichtlichen Formen. Migranten/innen sind oft Konsumenten von sozialen Angeboten und weit weniger in der Rolle der Akteure und Anbieter. Eine Veränderung in diesen Partizipationsformen läuft langsam an. Teilhabe bedeutet von beiden Seiten Teilhaben zu wollen und Raum für Teilhabe zu bekommen.

„Teilhabe bedeutet von beiden Seiten Teilhaben zu wollen und Raum für Teilhabe zu bekommen.“

„Quote als Gefahr der „positiven Diskriminierung“ sollte vermieden werden.“

Die Wichtigkeit der Partizipation von Migranten/innen wird durch die Ergebnisse des neuesten Mikrozensus bekräftigt. Entscheidend dabei ist es, eine echte und faire Teilhabe anzubieten, die mit Machtabgabe und dem Teilen von öffentlichen Mitteln zu tun hat. Quote als Gefahr der „positiven Diskriminierung“ sollte vermieden werden. Eine Zielmarke von ca. 10% bei der Beteiligung von Migranten/innen kann angestrebt werden.

Diskussion

Herr Germershausen (Stellvertreter des Migrationsbeauftragten zu Berlin)

Der Landesbeirat für Migration und Integrationsfragen ist ein beratendes Organ, er wurde 2003 initiiert. Er ist kein richtiges Beispiel für Partizipation, da es das Ziel des Beirats ist, mit

der Verwaltung, freien Trägern und den Migrantenorganisationen in Kontakt zu treten und zu vermitteln. Empfehlungen des Beirats zu Feldern der Integrationspolitik gibt es seit Juni 2005. Daraus hat der Senat einige Empfehlungen in seinem Integrationskonzept aufgenommen. Der Beirat selbst hat sich in dieser Legislaturperiode die Frage der Partizipation als wichtigen Punkt aufgenommen und ein Konvolut erarbeitet. Eine Arbeitsgruppe des Beirats zu Fragen der Partizipation hat eine Prioritätenliste vorgelegt, die der Senat prüfen wird. Der Integrationsbeirat hat die Möglichkeit nach § 42 Mitglieder aus den Migrantenvereinen in den Beirat zu wählen. Das Verfahren fördert die Entsendung von Migranten/innen aus deren Vereinen. Der Austausch über den Beirat zwischen Migrantenorganisationen, der Senatsverwaltung und freien Trägern funktioniert derzeit relativ gut. Strategien zur Ermutigung von Migranten/innen zu einer stärkeren Beteiligung, sind wichtig. Eine Quote allein bewirkt dies nicht. In einigen Institutionen gibt es die Bereitschaft der Beteiligung von Migranten/innen. Da wo es fehlt, müssen die Organisationen attraktive Angebote schaffen, die eine Partizipation begünstigen.

„Der Austausch über den Beirat zwischen Migrantenorganisationen, der Senatsverwaltung und freien Trägern funktioniert derzeit relativ gut.“

Frau Schaaf-Derichs resümiert, dass das Instrument der Quote allein nicht genügt und fragt, wie Nachbarschaftshäuser Migranten/innen integrieren.

Frau Raabe (Nachbarschaftshaus am Lietzensee e.V.)

Das Nachbarschaftshaus Lietzensee ist das jüngste Nachbarschaftszentrum in Berlin und beginnt erst mit der Öffnung des Hauses für alle Bewohner/innen des Stadtteils. Daher gibt es noch keine Erfahrungswerte eines Integrationskonzepts. Integrationskonzepte sind jedoch in Planung. Die Nachbarschaftshäuser Schöneberg und Zehlendorf arbeiten schon seit einigen Jahren erfolgreich mit Migrationsprojekten. Mit diesen wird der Austausch gesucht.



Herr Heeb (Nachbarschaftsheim Neukölln)

Die größte Gruppe der Aktiven im Nachbarschaftsheim sind Menschen mit deutschem Mittelschichtshintergrund. Studierende und Menschen in der nachberuflichen Lebensphase sind die bevorzugt Aktiven. Diese sitzen auch in den Gremien des Quartiersbeirat nach der Einführung des Quartiersmanagements. Dabei konnte, trotz großer Bemühungen nicht erreicht werden, mehr Migranten/innen für diese Gremienarbeit zu gewinnen. Selbst ein Neuköllner Migrantenverein hat eine Geschäftsführerin als fachliche Expertin mit deutschem Hintergrund gewählt. Es ist nicht so wie es gewünscht und geplant worden war. Für diese Diskrepanz gibt es keine Lösung. Es bleibt zu überlegen, wo und wie man Migran-

„Zahlreiche Migranten/innen sind als Nutzer/innen oder als Unterstützer/innen in niedrig-schweligen Bereichen anzutreffen, aber nicht in der Gremienarbeit.“

ten/innen ansprechen kann, die für eine solche Aufgabe in Frage kommen und dann in ihrer Arbeit zu unterstützen. Zahlreiche Migranten/innen sind als Nutzer/innen oder als Unterstützer/innen in niedrighschwelligen Bereichen anzutreffen, aber nicht in der Gremienarbeit. Selbst ein Neuköllner Migrantenverein hat eine Geschäftsführerin als fachliche Expertin mit deutschem Hintergrund gewählt.

Frau Schaaf-Derichs stellt fest, dass man offensichtlich eine deutsche Sozialisation haben muss, um mit der deutschen Gremienkultur klar zu kommen.

Frau Villbrandt, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Entscheidend findet Frau Villbrandt die Schwierigkeit des Machtverlustes, der erfolgen muss, wenn Partizipation von bisher Unbeteiligten erfolgen soll. Dies weckt Ängste und Vorbehalte. Auch in der politischen Arbeit sind Menschen mit Einwanderungshintergrund unterrepräsentiert, man darf sich damit nicht zufrieden geben. Durch Quotierung kann eine stärkere Beteiligung erreicht werden. Dies alleine reicht aber nicht aus. Wie kann Beteiligung

„Sinnvoll wäre eine „weiche“ Quote im Sinne einer Selbstverpflichtung, die in den jeweiligen Gremien und Organisationen zukünftig Migranten/innen stärker beteiligt.“

in Berlin funktionieren? Ungenügende Sprach- und kulturelle Kenntnisse sind eine Schwierigkeit, die anzugehen ist. Frau Villbrandt plädiert für eine „weiche“ Quote im Sinne einer Selbstverpflichtung, die in den jeweiligen Gremien und Organisationen zukünftig Migranten/innen stärker beteiligt. Am Beispiel des „Seniorenmitwirkungsgesetz“ sollte keine Quote erstellt werden, sondern der Auftrag an Organisationen und Vereine gestellt werden, über die Partizipation von Migranten/innen zu sprechen. Frau Villbrandt appelliert daran, die Quotenfrage kontrovers zu diskutieren.

Frau Pelkhofer-Stamm (Paritätischer Wohlfahrtsverband)

Kulturelle Öffnung ist seit einigen Jahren ein wichtiges Thema im Wohlfahrtsverband.

Der Paritätische ist Vertragspartner der Stadtteilzentren, in den Verträgen wurde interkulturelle Arbeit festgeschrieben und Leitlinien dafür entwickelt. Wie kommen mehr Mitarbeiter/innen in die soziale Arbeit, dies ist Zielsetzung der Verbandsarbeit und wird trotz einiger

„Der Einsatz einer Quote ist von verschiedenen Faktoren und den Aufgabenprofilen abhängig. Sie sollte differenziert eingesetzt werden, wie z.B. bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen.“

Schwierigkeiten umgesetzt. Der Einsatz einer Quote ist von verschiedenen Faktoren und den Aufgabenprofilen abhängig. Sie sollte

differenziert eingesetzt werden, wie z.B. bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen.

Die Schwierigkeiten der Gewinnung von Engagierten ist nicht ausschließlich ein Problem von Migranten/innen, sondern zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen. Dafür müssen zielgruppenspezifische Ansprache und entsprechende Angebote entwickelt werden.

Frau Radziwill, MdA (SPD-Fraktion)

Ein differenzierter Blick auf die Eigenheiten der Menschen in den Communities ist notwendig, um ihre Engagementpotentiale zu verstehen. Dies fällt besonders bei älteren Menschen im Ruhestand auf, die für mehrere Monate im Jahr in ihren Heimatländern leben und dadurch für Aufgaben in der Berliner Community nicht zur Verfügung stehen. Es darf dabei nicht nur als Nachteil gesehen werden, sondern als Bereicherung für das Engagement, das zeitlich begrenzt, aber in gewisser Weise kontinuierlich stattfindet. Die These, dass bürgerschaftli-



ches Engagement von der Mittelschicht getragen ist, gilt natürlich auch für die Migranten-Communities. Diese Gruppe ist in vielen Communities nicht vergleichbar groß zum Anteil der deutschen Mittelschicht, sie wächst aber kontinuierlich, daher fehlt

u.U. die Ansprechbarkeit dieser Zielgruppe. Die Strukturen, gerade der Vereins- und Gremienarbeit, sind oft für Migranten/innen zu kompliziert und dadurch abschreckend, dies gilt für zahlreiche Deutsche in gleichem Maße.

Die Arbeitslosigkeit ist bei den meisten Migrantengruppen extrem hoch, bei der türkischen bspw. über 40 %. Die russisch stämmigen Migranten/innen sind oft gut ausgebildet, dürfen aber nicht in Deutschland arbeiten, da ist die Gesetzgebung das Problem. Zu lösen wäre es nur mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, dies ist eine große Herausforderung für die Politik auf allen Ebenen.

Der Versicherungsschutz für Freiwillige wurde vom Berliner Senat landesweit geregelt. Das Thema Fahrgelderstattung als Hinderungsgrund für freiwilliges Engagement gilt für Deutsche gleichermaßen wie für Migranten/innen.

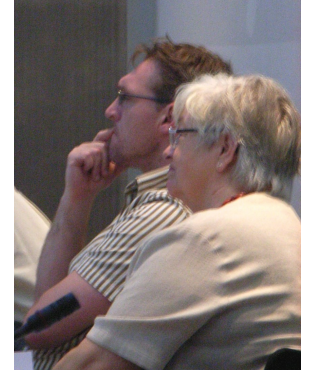
Echte Partizipation ist wichtig, die nicht nur mit „Alibi-Migranten/innen“ über eine Quote zu erreichen ist, dazu gehört auch die Kenntnis des Systems und der Anforderungen, die eine partizipative Aufgabe mit sich bringt. Oft ist eine offene Ansprache und die Unterstützung von Migranten/innen nötig, damit sie sich diese Aufgaben zutrauen.

Die Geschlechterquote in der SPD war sicher vorteilhaft für die Teilhabe von Frauen in Parteigremien, für Jüngere und Ältere gibt es keine Quote, aber einen Konsens, der auf die Beteiligung dieser Gruppen achtet. Hier gilt eine „weiche“

„Echte Partizipation von Migranten/innen kann ein Gewinn für die gesamte Bevölkerung sein und darf keine Ängste bei der Mehrheitsgesellschaft auslösen.“

Quote, wie sie Frau Villbrandt beschrieben hat. Für eine stärkere Beteiligung von Migranten/innen würde nach dem Dafürhalten von Frau Radziwill eine „weiche“ Quote nicht ausreichen. Echte Partizipation von Migranten/innen kann ein Gewinn für die gesamte Bevölkerung sein und darf keine Ängste bei der Mehrheitsgesellschaft auslösen.

Frau Schaaf-Derichs konstatiert, dass in der Praxis Vereine und Verbände bereits einiges erreicht haben, um Demokratiebeteiligung auf der politischen Ebene voran zu bringen. Die Beteiligung am letzten Berliner-Freiwilligen-Tag in Kooperation mit deutsch-russischem Austausch schuf ebenfalls eine Integrationsmöglichkeit, die sehr positiv aufgenommen wurde.



Frau Richter (Seniorpartner in School e.V.)

Das Projekt SiS bildet Schulmediatoren/innen aus. Zukünftig soll eine Erweiterung der Zielgruppe für Schulmediatoren/innen mit Migrationshintergrund verfolgt werden. Diese älteren Migranten/innen können durch die 80-stündige Weiterbildung Einblicke in organisatorische und strukturelle Prozesse gewinnen und sich mit dieser Unterstützung in andere Bereiche einbringen. Da Gremienarbeit "gelernt" werden muss, wäre dies eine Art Sprungbrett in andere Engagementbereiche für ältere Migranten/innen, die sich einerseits als Schulmediatoren, aber auch in anderen seniorenpolitischen Bereichen engagieren können.

Frau Richter äußert ein Kontaktgesuch zu Organisationen, in denen Migranten/innen im Rentenalter aktiv sind.

Herr Gömüsay (Ausbildungsberater für ausländische Jugendliche, Kumulus e.V.)



Herr Gömüsay konstatiert, dass der Frauenanteil vor 40 Jahren im Bundestag bei 2 % lag.

Bei der gerade stattgefundenen Berliner Wahl sind Frauen in der Berliner SPD mit 47,7 % vertreten. Das ist nur Dank der Quote ermöglicht worden.

Tatsache ist, dass der Migranten/innenanteil im öffentlichen Dienst bei derzeit 1 % liegt, eine schritt-

weise Steigerung in den nächsten Jahren wäre sehr wünschenswert. Viele türkische Jugendliche scheitern an den sehr anspruchsvollen Auswahlverfahren, die den Zugang zum öffentlichen Dienst erschweren. Eine zu hoch

angesetzte Quote von 8 % oder 10 % ist unrealistisch und weckt zu hohe Erwartungen. Es geht um den ernsthaften Willen **Migranten/innen zu integrieren**. Dieser Vorsatz ist bisher noch nicht hinreichend umgesetzt worden.

„Eine zu hoch angesetzte Quote von 8 % oder 10 % ist unrealistisch und weckt zu hohe Erwartungen. Es geht um den ernsthaften Willen Migranten/innen zu integrieren.“

Frau Villbrandt, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mitbeteiligungsmöglichkeiten zu schaffen ist Aufgabe der Politik. Mit einer Quotierung für Migranten/innen können nicht alle Migranten/innen erreicht werden, daher

„Wünschenswert wäre durch eine befristete, partiell auch „weiche“ Quote, eine Diskussion darüber in den Gremien anzustoßen und Migranten/innen zum Engagement anzuregen.“

kann eine Quote nur ein Symbol sein, das sich selbst langfristig erübrigen muss. Die Frage ist bspw. bei der Frauenquote, ob Frauenbeteiligung in öffentlichen Gremien mittlerweile auch ohne Quote vorhanden wäre. Es muss sich erweisen, ob eine Quotierung eine dauerhafte Einrichtung bleiben muss oder sich erübrigen kann. Die Frage ist noch zu diskutieren, in welchen Bereichen und in welcher Form eine „weiche“ Quote anzuwenden ist.

Frau Forner (Landesbeirat für Migration und Integrationsfragen)

Die Problematik politischer Partizipation ist ein wichtiger Punkt der Verständigung. Dabei gilt es tiefere und tragendere Schichten des Integrationsprozesses zu analysieren und zu bearbeiten wie bspw. die kulturelle, sozialwirtschaftliche resp. identifikatorische Integration, bevor politische Integration erreicht werden kann. Daher sind wir verpflichtet über diese anderen Schichten der Integration nachzudenken, bevor wir uns mit politischer Integration befassen können. Teilhabe ist eine Rahmenbedingung, die uns die Gesellschaft eröffnet bzw. eröffnen muss, Teilnahme ist die Eigenaktivität der sich Engagierenden, egal welcher ethnischen Herkunft.

„Aktuell passiert ein Umdenkprozess in den Köpfen vieler Menschen. Es gibt aber noch kein klares Konzept oder Lösungen für die vielen Teilprobleme. Wir bewegen uns zzs. noch in der „Ausprobierphase“.“

Die Arbeitsgruppe des Landesbeirats für Migration und Integrationsfragen hat eine Untersuchung veranlasst mit der Fragestellung, in welchen Gremien Migranten/innen partizipieren. Es wurden ca. 100 öffentliche Gremien in Berlin untersucht. Davon wurden nur in zwei Gremien, dem Landesbeirat für Migration und dem Rundfunkrat Migranten/innenvertreter ausgemacht. Diese Feststellung führte zu der Empfehlung des Migrationsbeirats, dass sich alle Gremien stärker öffnen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Aufforderung auf die

„Wichtig ist bei der Anwendung von reglementierenden Maßnahmen mit Sorgfalt, Augenmaß und Flexibilität vorzugehen und begonnene Schritte nicht zu überregulieren.“

Selbstverpflichtung von Beiräten auch ohne Quotenvorgabe auswirken wird. Zu beachten bleiben die Unterschiede in verschiedenen ethnischen

Gruppen, die mit erster, zweiter oder dritter Generation in Deutschland vertreten sind. Es bedarf eines Schulungsinstrumentes um gerade auf bezirklicher Ebene Migranten/innen in eine politische Partizipation einzuführen. Es muss überlegt werden, welche Instrumente für diesen Zugangsweg notwendig und nützlich sind. Bezüglich einer Quote ist es in manchen Bereichen vielleicht sogar ein überzogenes Instrument, da die Signale für eine Öffnung der Gremien bei vielen Verantwortlichen angekommen sind. Letztendlich ist es eine Frage der Zeit und der gezielten Förderung von Integrationsprozessen an unterschiedlichen Stellen. Der Appell von Frau Forner geht daher zum Versuch der Umsetzung von Selbstverpflichtungen in einem vorgegeben Beobachtungszeitraum. Das Antidiskriminierungsgesetz hält ebenfalls rechtliche Möglichkeiten bereit, die Partizipation fördern können.

Frau Schaaf-Derichs postuliert die „freiwillige“ Quote als Selbstverpflichtung.

Herr Germershausen (Stellvertreter des Migrationsbeauftragten zu Berlin):

Die Unterscheidung von privaten und öffentlichen Gremien in der Frage der Partizipation ist wichtig. Die Auswahl nach Wichtigkeit bei den Gremien in denen Migranten/innen partizipieren, kann ein Kriterium sein. Dies ist am Beispiel der Besetzung des Rundfunkrates gut zu erkennen. Eine Quote wäre dabei nicht sinnvoll. Die Frage ist, wer entsendet wen wohin. Bei der Entsendung sind auch die Organisationen gefragt, wie Gewerkschaften oder allg. Interessenvertretungen, die Migranten/innen als ihre Vertreter/innen in Gremien entsenden können. Die Verwaltung könnte hier Einfluss nehmen und die Frage der Entsendung thematisieren. Wichtig ist die Schulung, wie von Frau Richter vorgeschlagen, von bspw. älteren Migranten/innen, dadurch können diese besser aktiviert und für Gremienarbeit befähigt werden.

„Die Frage ist, wer entsendet wen wohin. Bei der Entsendung sind auch die Organisationen gefragt, wie Gewerkschaften oder allg. Interessenvertretungen, die Migranten/innen als ihre Vertreter/innen in Gremien entsenden können.“

Frau Schaaf-Derichs gibt ein Beispiel für Zugangshilfen im privaten und öffentlichen Bereich, die der Berliner Frauenbundes nach 1945 in Form einer Weiterbildung für Vorstandsfunktionen anbietet. In der Frauen sich Führungs- und Gremienkompetenzen aneignen können.



Der Anstoß für gemeinsame Überlegungen mit dem Migrationsbeauftragte eine Ausbildung für die Partizipation zu entwickeln wird positiv aufgenommen. Gesellschaftliche Beteiligung im öffentlichen Sektor braucht Voraussetzungen, die bereitgestellt werden müssen um die Zugänge zu erleichtern.

Frau Villbrandt, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Die Konzentration auf den öffentlichen Sektor der Partizipationsförderung ist gerechtfertigt. Die Entwicklung von Schulungsangeboten sind ein guter und unterstützenswerter Weg dafür.

Frau Radziwill, MdA (SPD-Fraktion)

Quote als ein gangbarer Weg im Bereich Ausbildung sowie die Initiative für die Schulung von

„Die Bereitschaft zu einer „weichen“ Quote als Selbstverpflichtung für einen überschaubaren Zeitraum sollte von gemeinwohlorientierten Organisationen gefördert und gefordert werden.“

Migranten/innen für Gremienarbeit ist richtig. Frau Radziwill möchte den privaten Sektor nicht außen vor lassen. Die Bereitschaft zu einer „weichen“ Quote als Selbstverpflichtung für einen überschaubaren Zeitraum sollte von gemein-

wohlorientierten Organisationen gefördert und gefordert werden. Gleichzeitig müssen sich auch die privaten Stiftungen öffnen, die auch einen interkulturellen Auftrag haben. Der erste Schritt sollte jedoch im öffentlichen Bereich liegen. Das Thema „Quote“ wird ein Diskussionspunkt bleiben, wobei Frau Radziwill für eine „weiche“ Quote plädiert je nach Bereich und Zielsetzung.

Frau Radziwill sieht viele politische Fehler, die Menschen nicht an demokratischen Prozessen teilnehmen lassen. Der Ausschluss von Menschen erfolgt qua Staatszugehörigkeit. Deutschland muss sich um wirkliche Partizipation zu ermöglichen in dieser Haltung ändern, wie z.B. mit einem kommunalen Wahlrecht oder der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Dies ist eine wichtige Grundlage für das Erlernen von demokratischen Strukturen und Partizipation

Frau Schaaf-Derichs macht den Vorschlag für die Erarbeitung eines Fortbildungstool im Sinne eines „Gremienführerscheins“. Im Berliner Raum gibt es bereits mit der „Berliner Charta für Bürgerschaftliches Engagement“ eine Werteorientierung, die eine Selbstverpflichtung für das Engagement von Migranten/innen beinhaltet. Dies muss immer wieder ins Gedächtnis gebracht werden und kann untersetzt werden. Denkbar wäre zum internationalen Tag der Freiwilligen am 5. Dezember 2006 mit einer Aufstellung von Selbstverpflichtungen aus dem Berliner Landesnetzwerk einzubringen. Diese Idee kann ebenfalls in den Berliner Stiftertag eingebracht werden. Es bleibt weiterhin die Kommunikation des Themas in allen öffentlichen und privaten Gremien und Organisationen voranzutreiben.

„Es bleibt weiterhin, die Kommunikation des Themas in allen öffentlichen und privaten Gremien und Organisationen voranzutreiben.“

Resümee



- Festgestellt wurde, dass das Instrument der „Quote“ allein ungenügend ist, es bedarf einer differenzierten und bereichsspezifischen Anwendung von Quotenregelungen.
- Da es eine „weiche“ Quote als Appell bereits gibt, wäre die „freiwillige“ Quote als Selbstverpflichtung eine verbindlichere Option.
- Nach den Erfahrungen vieler Berliner Nachbarschaftshäuser ist der Integrationsprozess von Migranten/innen in der Praxis oft schwierig.

- Erfahrungen zeigen, dass deutsche Sozialisation als Bedingung erachtet wird, um mit der deutschen Gremienkultur klar zu kommen. Gesellschaftliche Beteiligung im öffentlichen Sektor bedarf Voraussetzungen, die erlernt werden müssen. Dafür müssen Zugangshilfen in Form der Aneignung von Führungs- und Gremienkompetenzen geschaffen werden.
- Ein Ergebnis des Runden Tisches auf praktischer Ebene ist der Anstoß für gemeinsame Überlegungen mit dem Berliner Migrationsbeauftragten eine Ausbildung als Partizipationshilfe zu entwickeln. Ziel für einen nächsten Schritt kann die Erarbeitung dieses Fortbildungstools sein, im Sinne eines „Gremienführerscheins“.
- Für Berlin gibt es mit der „Charta zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements“ eine Werteorientierung, die bereits eine Selbstverpflichtung für das Engagement von Migranten/innen beinhaltet. Diese muss immer wieder ins Gedächtnis gebracht werden und sollte aktualisiert werden. Denkbar wäre, am 5. Dezember 2006, dem „Internationalen Tag der Freiwilligen“ eine Aufstellung von Selbstverpflichtungen aus dem Berliner Landesnetzwerk vorzustellen. Diese Idee kann ebenfalls in den Berliner Stiftertag eingebracht werden.
- Es bleibt weiterhin wichtig die Kommunikation des Themas in allen öffentlichen und privaten Gremien und Organisationen voranzutreiben.

Strategien der Engagementförderung in der Schule

<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Koordination:</u>	Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
<u>Moderation:</u>	Carola Schaaf-Derichs
<u>Pate:</u>	Özcan Mutlu, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	06. November 2006, 17:00 bis 19:00 Uhr

Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs und den Paten, Herrn Mutlu, MdA

Frau Schaaf-Derichs stellt die Funktion der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft vor und erklärt das Patenmodell der Runden Tische. Diese konnten seit 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen, dank der Unterstützung der Abgeordneten aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und der Senatsverwaltung für Soziales stattfinden.

Herr Mutlu begrüßt die Teilnehmer/innen und bedankt sich als Pate für diesen Runden Tisch nominiert worden zu sein. Er bescheinigt aus persönlicher Erfahrung der Engagementförderung in Schulen eine hohe Wichtigkeit. Hier sieht er die Politik in der Pflicht, die Berliner Schulen in deren Bestreben bürgerschaftliches Engagement zu einem inhaltlichen Bestandteil zu machen, stärker zu unterstützen.



Überblick über Projekte der Engagementförderung an Berliner Schule

Herr Florian Mindermann, Projektleiter der Jugendfreiwilligenagentur FREE, erläutert in seinem Impulsreferat die Frage: warum Engagement an Schulen gefördert werden sollte.



Herr Mindermann stellt zunächst drei Schulprojekte vor, die er mit den genannten Kooperationspartnern während der letzten zwei Jahre realisieren konnte:

Projekt Service Learning

Im Rahmen des Schulprojektes „Service Learning“ haben sich 16 Schülerinnen und Schüler der Oberschule am Brunnenplatz in Wedding einen Tag pro Woche über 2 Monate hinweg sozial engagiert. Mit dem Projekt wurde erreicht, dass die Schüler freiwilliges Engagement praktisch erleben und neue Perspektiven für den weiteren beruflichen Lebensweg gewonnen werden.

Das Projekt ist mit dem Kooperationspartner Freiwilligenagentur Wedding durchgeführt worden.

Bewerbungstraining FIT Senior Experten helfen Schülern

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird bundesweit immer schwieriger. Auch in Berlin ist es für Jugendliche problematisch einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Die Schule bietet sich als Lernort an, um den Übergang zwischen Schule und Arbeitsmarkt fließender zu gestalten. Das Projekt FIT ist in Kooperation mit dem Senior Experten Service Berlin-Brandenburg und den Lehrern der Riesengebirgs-Oberschule entwickelt und durchgeführt worden. Die Riesengebirgs-Oberschule in Schöneberg ist eine integrierte Haupt- und Realschule, der Anteil der Schüler ausländischer Herkunft beträgt 53 %. Sie liegt in einem Einzugsgebiet mit wirtschaftlich und sozial benachteiligten Jugendlichen.



Lehrerworkshop „Schülerengagement und Projektentwicklung“

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Förderprogramm Demokratisch Handeln wurde für 14 Lehrerinnen und Lehrer eine Fortbildungsreihe angeboten, damit sie ihre Ideen und Projekte in der Schule erfolgreich in die Tat umsetzen können. Durch die geringe Teilnehmerzahl konnte eine intensive Betreuung garantiert werden.

Das Ziel der Workshopreihe war es, die Arbeit vor Ort für die Lehrerinnen und Lehrer zu stärken. Durch gemeinsame Vernetzungen der Projekte konnten Synergieeffekte erreicht werden.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit der Initiierung und Umsetzung von Schulprojekten hat Herr Mindermann folgende Empfehlungen für Rahmenbedingungen ermittelt:

These 1: Bauen von Brücken

Engagementförderung baut Brücken. Es werden Brücken zwischen der Schule, dem Träger, den Einrichtungen, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern geschlagen.

These 2: Öffnung von Schule und Verankerung im Schulischen Alltag

Schulstrukturen und Engagementprojekte miteinander passend zu gestalten, verlangt von der Schule Öffnungen und Veränderungen, die von allen Akteuren im schulischen Bereich mitgetragen werden müssen. Um soziales Lernen an Schule zu initiieren, braucht es Pioniere und Manager. Nachhaltiges Engagement entsteht durch die Verankerung in die Struktur der Schule und des Unterrichtes.

These 3: Freiwilligenagenturen initiieren Schulprojekte

Freiwilligenagenturen sind neutrale Beraterinnen und Initiatoren für Engagementförderung an Schulen. Sie vernetzen, managen, dokumentieren und evaluieren Projekte im Engagementbereich und binden diese Projekte nachhaltig in die Bürgergesellschaft ein.

These 4: Grenzen von Engagementförderung

Engagementförderung darf nicht als Berater für Schulentwicklung verstanden werden und kann die Schwierigkeiten in Schulen nur im geringen Umfang verbessern.

These 5: Ausbau der Anerkennungskultur

Akteure die sich engagieren, sollten dementsprechend gewürdigt werden. Schulen sollten für ihr Engagement ausgezeichnet und bestärkt werden, Lehrerinnen und Lehrer darin gefördert und für Schülerinnen und Schüler sollte ein Kompetenznachweis eingeführt werden.

These 6: Aktivierende Befragung

Über die Prozesse von Engagement an Schulen ist zu wenig bekannt. Notwendig ist eine wissenschaftliche Analyse, welche Akteure an Schulen engagiert sind und welche Rahmenbedingungen sinnvoll wären, um das Engagement an Berliner Schulen zu stärken.

Herr Mindermann weist auf eine Dokumentation über die von ihm während der vergangenen drei Jahre durchgeführten Schulprojekte hin, die Ende November 2006 erscheinen wird und über die Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft bezogen werden kann. (Das Impulsreferat ist am Ende der Dokumentation nachzulesen)

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

unterstreicht die eindrucksvollen Ausführungen von Herrn Mindermann über die Palette von Engagementprojekten an mehreren Berliner Schulen, die während der letzten drei Jahre stattgefunden haben. An dieser Stelle solle nicht verschwiegen werden, dass die Projektförderung über die ARD-Fernsehlottterie nach dreijähriger Laufzeit am 30. November 2006 zu Ende geht. Daher liege in diesen wertvollen Erkenntnissen auch ein

„Trotz der positiven Erfahrungen und ausgemachten Potenziale sind die verschiedenen Formen der Engagementförderung an Schulen noch längst nicht im Regelbetrieb angekommen.“

massiver Wehmutstropfen, da das Ziel der Landesfreiwilligenagentur, eine spezifische Ansprache für junge Menschen unter 18 Jahre zu erreichen, auf den Weg gebracht werden konnte, deren Weiterführung bis auf Weiteres nun abgeschlossen wird. Trotz der positiven

Erfahrungen und ausgemachten Potenziale sind die verschiedenen Formen der Engagementförderung an Schulen noch längst nicht im Regelbetrieb angekommen. Wichtig ist daher die beteiligten Akteure an der Debatte und am gegenseitigen Austausch zu beteiligen, da dafür bisher noch keine Struktur vorgegeben ist.

Frau Schaaf-Derichs eröffnet die Diskussion mit der Frage: Wohin kann eine Engagementförderung an Schulen optimaler Weise führen und was muss dafür getan werden?

3. Diskussion

Frau Richter (Seniorpartner in School e.V.)

Die Zielaufgabe der Seniorpartner in School ist es, die Brücke zwischen Alt und Jung zu schließen und Mediation an Schulen zu organisieren, um Konflikte gewaltfreier und konstruktiv zu lösen. An die Senioren werden von den Schulen, in denen sie mediieren, häufig zusätzliche Aufgaben, wie die Unterstützung unruhiger Schüler/innen oder beim Übergang Schule - Beruf herangetragen.

Für gute Lernergebnisse bei Schüler/innen ist eine konfliktfreie Atmosphäre entscheidend zu der die Seniorpartner maßgeblich beitragen können.

Frau Richter kritisiert die Formulierung im Thesenpapier von Herrn Mindermann, dass

„Engagement die Schwierigkeiten an Schulen nur in geringem Umfang verbessern könne.“ Sie hält diese Aussage für untertrieben und plädiert für eine Umformulierung.



Herr Stolle (Schulleiter der Riesengebirgsschule Schöneberg)

bestätigt, dass Engagementförderung an Schulen grundsätzlich schwierig ist. Es bedarf einer Reihe von besonderen Zufälligkeiten, die zusammen kommen müssen. An der Riesengebirgsschule begann der Prozess durch den Impuls von Herrn Syska, der von der Schulleitung positiv aufgenommen wurde. Damit trafen zwei Voraussetzungen zusammen, erstens gab es einen Impulsgeber aus dem Kollegium und zweitens war dieser nicht in der Schulleitung. Es spielt jedoch eine große Rolle, wie förderlich diese Idee von der Schulleitung aufgenommen wird. Im Zuge der Debatte im Kollegium der Riesengebirgsschule wurde das Service-Learning in das Schulprogramm aufgenommen. In wenigen Sätzen kann Service-Learning an der Riesengebirgsschule als ein systematischer Einbezug der Schüler/innen des siebten Jahrgangs beschrieben werden. Das bedeutet, dass diese wöchentlich jeden Nachmittag für zwei Stunden in soziale Einrichtungen gehen, um dort tätig zu werden. Innerhalb kürzester Zeit wurden zahlreiche Kontakte zu sozialen Einrichtungen im Kiez hergestellt, die Schüler/innen aufgenommen haben. Bei der Auswahl des Einsatzplatzes können Schüler/innen wählen zwischen Projekten mit der Zielgruppe „ältere Menschen“, „jüngere Menschen“ oder „altersunabhängige Projekte“. Sie haben dabei die Aufgabe ein Lerntagebuch zu führen. Das Projekt ist im Fach „Berufsorientierung“ angesiedelt sowie in einem spezifischen Projektunterricht, in dem über die Erfahrungen, die Schüler/innen bei den Einsätzen bekommen, reflektiert werden kann. Herr Stolle weist auf den Widerspruch hin, dass bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich



freiwillig erbracht wird, es im Rahmen des Service-Learning für die Schüler/innen jedoch verpflichtend ist. Nach Meinung von Herrn Stolle gibt es keine Alternative zu dieser Form des verpflichtenden Engagements im Rahmen der Schule. Er bedauert, dass es bisher noch keine wissenschaftliche Analyse darüber gibt, welche Kompetenzen Schüler/innen durch informelle Lernerfahrungen mit Service-Learning erwerben.

Frau Senftleben, MdA (bildungspolitische Sprecherin FDP-Fraktion)

fragt, warum es bislang so wenig Schulen sind, die Engagementförderung ihrer

„Engagement ist nicht zu verordnen. Notwendig ist in diesem Sinne eine adäquate Anerkennungskultur, ebenso wie die Honorierung von bürgerschaftlichem Engagement durch die Wirtschaft und zukünftige Arbeitgeber.“

Schüler/innen betreiben? Dies ist eine Frage, die sich die Politik stellen muss. Engagement ist nicht zu verordnen. Notwendig ist in diesem Sinne eine adäquate Anerkennungskul-

tur, ebenso wie die Honorierung von bürgerschaftlichem Engagement durch die Wirtschaft und zukünftige Arbeitgeber. Zivilgesellschaftliches Engagement ist noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen. In Berlin ist in den letzten Jahren viel für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement getan worden. Es besteht aber weiterhin die Wichtigkeit, Engagement in die Schulen zu tragen und Anerkennung für alle Lehrer/innen (wie bspw. Herrn Syska und Herrn Stolle) auszusprechen, die Engagement entwickeln und vorleben. Es muss eine Anerkennungskultur für die Impulsgeber und Umsetzer an den Schulen geben.

Herr Mutlu, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Möchte wissen, was bürgerschaftliches Engagement und dessen Anerkennung für den Lernerfolg bringt. Er zitiert eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin in der die Wichtigkeit von Anerkennung für das Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen der Jugendlichen belegt wurde. Er fragt weiter, was die Politik



„Wie kann man andere Schulen und Kollegien erreichen und motivieren, Engagement in die Schule aufzunehmen?“

und die Verwaltung an Hilfestellung geben könne. „Wie kann man andere Schulen und Kollegien erreichen und motivieren, Engagement in die Schule aufzunehmen?“ Bürgerschaftliches Engagement in das Schulprogramm und in die schulischen Rahmenpläne aufzunehmen, hält Herr Mutlu für eine gute Idee. Er berichtet von einer kleinen Anfrage, die er vor drei Jahren zum Service-Learning-Konzept an der Riesengebirgsschule gestartet hatte.

Die Reaktion war seiner Meinung nach unbefriedigend, da die Schulen von Seiten der Verwaltung nicht ausreichend unterstützt werden, um dieses Konzept einzuführen.

Herr Clausen (Freiwilligeninitiative Charlottenburg – Schüler lernen Verantwortung)

gibt eine Ergänzung zum Engagement der Riesengebirgsschule. Die Freiwilligeninitiative Charlottenburg hat mit der Sportjugend und dem Verein „Jugend und Soziale Arbeit“ das Projekt „Sporthelfer“ ins Leben gerufen. Dabei wurden von je fünf Schulen fünf Schüler/innen in einem Lehrgang mit 30 Übungseinheiten ausgebildet.



Die Schüler/innen werden befähigt Sportgeräte in den großen Pausen an andere Schüler/innen zu verleihen. In den Pausen findet nach Darstellung von Herrn Clausen auf den Schulhöfen nichts statt. Es wird versucht das Rauchen in großen Gruppen vor den Aufsicht führenden Lehrkräften zu verheimlichen. Ziel des Sporthelfer-Projekt ist es, in Pausen und Freistunden zu Bewegung und Spiel zu motivieren, um aggressivem Verhalten und Übergewicht vorzubeugen. Herr Clausen bescheinigt der partizipierenden Riesengebirgsschule einen besonderen Geist, der durch engagierte Lehrer/innen getragen wird.

In Charlottenburg – Wilmersdorf konnten zwei weitere Schulen für das Service-Learning gewonnen werden. Die Schüler/innen gehen in verschiedene soziale Projekte von Kitas bis Seniorenpflegeheime. Ein weiteres Projekt, die „Kiezdetektive“ wurde an einer Schule in Charlottenburg eingeführt. Schüler/innen einer achten Klasse sollen lernen, ihren Stadtteil mit den Augen behinderter Menschen zu sehen. Bedauerlich findet Herr Clausen, dass mit der zuständigen Kommission des FreiwilligenPasses keine Regelung gefunden werden konnte, die über das Beiblatt im Zeugnis für bürgerschaftliches Engagement hinausgeht. In anderen Bundesländern werden Kompetenzen in Zertifikaten dokumentiert, die unabhängig von einer 80 Stunden Vorgabe vergeben werden.

An der Höppner - Schule wurde vom Bezirk eine Ehrungsveranstaltung durchgeführt, in diesem Rahmen war es möglich, je 13 Schüler/innen, Eltern und engagierte Lehrer mit einer Bezirks-Anerkennungsurkunde zu würdigen.

Herr Syska (Konrektor der Glasbrenner-Grundschule Kreuzberg)

spricht aus seiner Erfahrung, dass es grundsätzlich zwei Möglichkeiten gibt, Engagement zu fördern. Entweder

kommt der Impuls von außen oder von innen. Er führt aus, dass bei einem Impuls von innen die Schulleitung dahinter stehen müsse, um erfolgreich zu sein, das könne eine Hürde sein. Bei einem Impuls von außen bedarf es der Bereitschaft des Kollegiums sich darauf einzulassen. Dabei erscheint es wichtig, den Blick dafür zu öffnen und zu differenzieren von welcher Schule gesprochen wird. Beim Service-Learning geht es bevorzugt um Oberschulen, andere Schulen, wie die Grundschulen sollen aber auch in den Blick genommen werden. Engagement ist klassische politische Bildung, die aus Gründen der zu-

„Engagement ist klassische politische Bildung, die aus Gründen der zunehmenden Politikverdrossenheit absolut notwendig ist. Die Frage ist nun, was kann die Schule dazu tun?“

nehmenden Politikverdrossenheit absolut notwendig ist. Die Frage ist nun, was kann die Schule dazu tun? Die Grundschule ist ein Ort an dem Engagementförderung geschehen kann, es bedarf dafür entsprechender Vorbilder. Engagementlernen in der Form von „anderen zu helfen“, kann in der Grundschule als ein methodisches Konzept eingesetzt werden, das einige Berliner Grundschulen bereits umgesetzt haben. Dabei werden gute Schüler weniger guten Schülern als Experten und Unterstützer zur Seite gestellt. Die Juniorexperten sind über diese Aufgabe, anderen helfen zu können, enorm stolz. Als pädagogisches Konzept wirkt es für die Juniorexperten lernvertiefend und bringt ihnen Anerkennung. Ein strategisches Element ist nach Ansicht von Herrn Syska „einfach mit einem

„Wichtig für die Kontinuität ist es, diese Konzepte im jeweiligen Schulprogramm zu verankern.“

neuen Konzept anzufangen“, auch wenn nicht alle Klassen und Schüler/innen zunächst einbezogen werden können. Wichtig für die Kontinuität ist es, diese Konzepte im jeweiligen Schulprogramm zu

verankern. Auch wenn diese Vorgaben in Schulprogrammen und Rahmenplänen stehen - das Service-Learning steht bereits seit mehreren Jahren im Rahmenplan für Berliner Schulen - würde es nicht bewirken, dass es umgesetzt wird. Viele Lehrer/innen sind nicht, oder nicht ausreichend darüber informiert und haben kein Vorbild, wie es funktioniert. Das mindert die Motivation der Umsetzung enorm. Von positiven Vorbildern, wie z.B. den Seniorpartnern kann Schüler/innen und Lehrer/innen vorgelebt werden, dass das Dasein und Geben für andere ein wichtiger gesellschaftlicher Wert ist.

Staatssekretär Thomas Härtel (Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport)

bestätigt, dass in den Rahmenplänen der Schulverwaltungen das Ziel der Engage-

„Ein Projekt muss flexibel auf die Interessen und Bedürfnisse der nachwachsenden Schüler/innen reagieren.“



mentförderung bereits verankert ist. Es wird aber nicht wahrgenommen bzw. umgesetzt. Herr Härtel hält die Idee, Rundschreiben, bzw. Handrei-

chungen an die Schulen zu schicken und sie aufzufordern Service-Learning einzuführen, wie Frau Volkholz es vorgeschlagen hatte, nicht für sinnvoll. In der Grundschule beginnt bereits das Engagement der Kinder andere zu unterstützen und für andere einen Beitrag zu leisten. Das soll bspw. in der geplanten Schulanfangsphase gefördert werden und eine neue Unterrichtskultur voranbringen. Dies bedarf nicht nur eines Rahmenplans, sondern engagierter Lehrer/innen und Lehrer. Positive Erfahrungen mit Engagementkonzepten stärken Lehrer/innen, dies bedarf aber auch einer akzeptierenden Schulleitung. Und auch das reicht manchmal nicht aus. Oft ist es umgekehrt, dass engagierte Schulleiter im Kollegium nicht auf fruchtbaren Boden stoßen. Wissenschaftliche Analysen mit einer akti-

vierenden Befragung, die untersuchen würden, wo es fördernde Elemente in der Schule gibt, sind zu überdenken. Zielsetzungen in den Projekten und Schulprogrammen müssen sich ständig verändern, da sich die Schüler/innen ändern. Ein Projekt muss flexibel auf die Interessen und Bedürfnisse der nachwachsenden Schüler/innen reagieren. Oft entstehen dadurch Enttäuschungen bei den engagierten Lehrer/innen, die nicht mehr die gewünschte Anerkennung bei den Schüler/innen, dem Kollegium und den Eltern finden. Es gibt von seiten der Verwaltung verschiedene Möglichkeiten der Anerkennung wie z.B. mit der Veranstaltung „Jugend übernimmt Verantwortung“. Das ist sicher zu wenig, da es insbesondere auf bezirklicher Ebene vor Ort dieser Anerkennung bedarf. Es gibt dafür zahlreiche Möglichkeiten. Es bleibt aber schwierig dafür genügend mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen, dies hat der kürzlich stattgefundene Präventionstag gezeigt. Ein Zertifikat als Engagementnachweis für Schüler/innen auszustellen nützt nur etwas, wenn es anerkannten Kriterien entspricht, die nachvollziehbar sind. Es gibt auch die Möglichkeit auf dem Zeugnis zusätzliches Engagement zu vermerken. Dies ist in der Bundesministerkonferenz noch nicht befriedigen gelöst worden, um es bundesweit vereinheitlicht einzusetzen.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

resümiert, dass offensichtlich personelle und methodische Voraussetzungen fehlen, um Engagement in der Schule zu initiieren. Sie fragt, ob es nicht auch Unterstützung von außen, wie bspw. von einer Freiwilligenagentur bräuchte, diese Prozesse zu begleiten. Die geleistete Anerkennung müsse von unten, hautnah, auf Augenhöhe für Schüler/innen sein, um effektiv zu sein.



Frau Schaaf-Derichs bestätigt, dass die Diskussion über den FreiwilligenPass in bezug auf die Stundenzahl noch nicht abgeschlossen ist. Sie verweist auf den kürzlich vorgelegten Kompetenznachweis des Deutschen Jugendinstituts, der Kompetenzen des informellen Lernens umfassend dokumentiert.

Frau Volkholz (Bürgernetzwerk Bildung, VBKI)

bestätigt, dass der Zugang zu Schulen für bürgerschaftliche Projekte in den letzten Jahren wesentlich leichter geworden ist. Die Türen haben sich geöffnet, dies wäre vor fünf oder zehn Jahren wesentlich schwieriger gewesen, auch wenn die Akzeptanz bei den Lehrkräften unterschiedlich ausgeprägt ist. Frau Volkholz äußert die Überzeugung, dass im Zeugnis vermerktes, zusätzliches Engagement von Schüler/innen durch die Wirtschaft und potentielle Arbeitgeber sehr wohl wahrgenommen und anerkannt wird. Nach Meinung von Frau Volkholz liegt die Schwierigkeit der geringen Wei-

„Schulen, die bereits Erfahrungen mit Engagement-konzepten gesammelt haben, können diese an interessierte Schulen weitergeben.“

„Die geringe Weiterverbreitung von Service-Learning liegt an der mangelnden Befähigung der Lehrkräfte, handlungsorientierten Projektunterricht anzubieten.“

terverbreitung von Service-Learning an der mangelnden Befähigung der Lehrkräfte, handlungsorientierten Projektunterricht anzubieten. Es sei weniger schwierig Jugendliche



dafür zu begeistern. Dieser Unterricht ist eine konkrete Form der politischen Bildung.

Er soll Schüler/innen vermitteln, gesellschaftliche Verantwortung zu erkennen und zu übernehmen. Das ist ein schwieriges Unterfangen und bedarf einer speziellen Ausbildung. Außerdem ist es wichtig, die Erfahrungen, die Schüler/innen im sozialen Bereich machen, besser in den sonstigen Unterricht einzubinden. Für die Ausbreitung von informellen Lernangeboten im bürgerschaftlichen Engagement ist es wichtig, dass Schulen voneinander lernen. Dafür gab es bereits ein Bund-Länder-Programm, das die Zielsetzung hatte, den Partizipationsgrad der Schüler/innen zu fördern. Dabei wurden aber nur wenige Schulen erreicht. Wichtig wäre daher ein Netzwerk zwischen Berliner Schulen zu schaffen. Schulen, die bereits Erfahrungen mit Engagementkonzepten gesammelt haben, können diese an interessierte Schulen weitergeben. Ein Beispiel dafür ist das von der Stiftung Brandenburger Tor geförderte Projekt „Schulen übernehmen Verantwortung“, das mit Schul-Tandems, zu denen auch die Riesengebirgsschule gehört, unerfahrene Schulen bei der Einführung von Service-Learning unterstützt. Bei einem weiteren Modellvorhaben: „Eigenverantwortliche Schulen“ wurde deutlich, dass durch den direkten Praxisaustausch über konkrete Unterrichtsplanung und -inhalte für die Schulen der größte Lerngewinn erreicht wurde.

Katja Hintze (Landesverband schulischer Fördervereine)

betont, dass Netzwerkarbeit und best-practice Austausch Schwerpunkte der Arbeit des Landesverbands schulischer Fördervereine sind. Praktika in sozialen Einrichtungen im Rahmen der schulischen Ausbildung sind mit Berufspraktika vergleichbar. Sie wirft die Frage auf, wie es sich mit der Benotung von Engagements-einsätzen der Schüler/innen verhält, diese Unsicherheit könnte ein Hemmschuh für Lehrer/innen sein, Service-Learning aufzunehmen.

„Die Benotung von Engagements-einsätzen der Schüler/innen stellt eine Unsicherheit und einen eventuellen Hemmschuh für Lehrer/innen dar.“

Wegweisend ist ihrer Meinung nach das Zeugnisbeiblatt, in dem Engagement und dabei erworbene Kompetenzen dokumentiert werden können. Für die Ausstellung des Beiblattes ist die Schule selbst verantwortlich, sie entscheidet, ob ein Beiblatt ausgestellt wird. Darauf hat die Schüler- und Elternschaft bislang keinen Einfluss. Des Weiteren ist die Vergabe des FreiwilligenPasses sinnvoll, der Vorteile bei Bewerbungen um Arbeits- oder Studienplätze bewirken kann. Um die vorgeschriebenen Stundenzahlen zu erreichen,



sollte bereits früh angefan-

gen werden, dies wird an einer Pilotschule, der Athene-Grundschule, mit einem Sammelpass geplant. In diesem Pass soll von der ersten Klasse an gemeinschaftliches Engagement vermerkt werden. Dafür gab es eine spezielle Schulung und Begleitung für die Lehrer/innen. Obwohl Schulleitung und Lehrerkollegium dem Projekt zugestimmt hatten, konnte es aufgrund überlasteter Lehrkräfte bisher noch nicht eingeführt werden, da kein Zeitrahmen dafür vorgesehen wurde. Trotz der genannten Hürden soll das Projekt noch in diesem Jahr starten. Frau Hintze bedauert, dass in der Selbstdarstellung von Schulen im Internet, Engagementförderung kein eigenständiger Punkt ist und für die Bewertung der pädagogischen Arbeit keine Rolle spielt. Sie informiert darüber, dass seit kurzem, ebenfalls an der Athene Grundschule, ein "Kiezpaten-Projekt" geplant wird, das ein beispielhaftes Modell sein kann, Schulen zu öffnen.

Frau Basran (Quartiersmanagement Wrangelkiez)

verweist darauf, dass die Aufgaben, die Schulen heute zu leisten haben, sich enorm erweitert haben. Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern vielmehr der Ort an dem Erziehung und Sozialisation stattfindet. Unter diesem Aspekt spielt das Engagement von Schülern/innen

„Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern vielmehr ein Ort an dem Erziehung und Sozialisation stattfindet.“

und ein externes Engagement das in die Schulen eingebracht wird, eine zunehmend wichtigere Rolle. Es darf die Schüler/innen und Lehrkräfte aber nicht überfordern. Wichtig für Kinder und Jugendliche ist es, gute Vorbilder innerhalb und außerhalb der Schule zu erleben. Frau Basran weist darauf hin, dass die Anerkennung für freiwilliges Engagement am besten vor Ort durch die Schule und den einbezogenen Kiez erfolgen sollte.

Frau Richter (Seniorpartners in School)

betont, dass die Lehrkräfte nicht mit Extraaufgaben belastet werden dürfen und sich mit positiver Mundpropaganda weitere Schulen für Engagementprojekte gewinnen lassen.

Herr Clausen (Freiwilligeninitiative Charlottenburg – Schüler lernen Verantwortung)

stellt die Wirksamkeit des Schülermitwirkungsrechts in Frage. Nach seiner Erfahrung ge-

„Für die Schüler/innen ist ihr Engagement oft von Nachteil, da sie Unterrichtsstunden versäumen.“

lingt die aktive Teilhabe von Schüler/innen an Schulverwaltungsprozessen nur in geringem Ausmaß. Für die Schüler/innen

ist ihr Engagement oft von Nachteil, da sie Unterrichtsstunden versäumen. Herr Clausen bewertet das Schülermitwirkungsrecht als pro forma Angelegenheit. Schule, Schüler/innen und Eltern sollten gleichberechtigt an der gemeinsamen Schulprojektplanung beteiligt sein.

Herr Handschuk (Oberschule am Brunnenplatz)

gibt zu bedenken, dass die Hauptschule eine Erziehungsinstitution ist. Er warnt vor zu vielen Projekten, da deren Effektivität sichergestellt werden muss. Voraussetzung dafür ist eine enge Vernetzung zwischen der Schulleitung den Lehrkräften und den Schulsozialarbeitern/innen. Die gezielte Heranführung und Begleitung von Schüler/innen bei Praxiseinsätzen ist entscheidend um eine längerfristige Motivation zu freiwilligem Engagement zu bewirken. Im Gegensatz zur Feststellung von



„Die Arbeit der Jugendfreiwilligenagentur war eine große Hilfe für unsere Schule und wir plädieren für den Fortbestand dieses Koordinierungsangebots, damit auch andere Schulen davon profitieren können.“

Staatssekretär Härtel hält er Flexibilität in der Projektplanung an den Schulen für selbstverständlich und unabdingbar.

Die Arbeit der Jugend-Freiwilligenagentur durch Herrn Mindermann bezeichnet er als große Hilfe für seine Schule und sein Kollegium und plädiert für den Fortbestand dieses Koordinationsangebots, damit auch andere Schulen davon profitieren können.



5. Resümee

In der Diskussion wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Schulen brauchen Beratung und Begleitung beim Prozess der Einführung von Engagement fördernden Strukturen
- Engagementförderung muss schultypspezifisch erfolgen
- Schulen können voneinander nach dem Tandem-Modell lernen
- Lehrer/innen müssen in der Konzeptentwicklung und Umsetzung von engagement-förderndem und projektorientiertem Unterricht geschult werden
- Freiwilligenagenturen sollen als Schulungs- und Kooperationspartner einbezogen werden
- Stärkung engagierter Lehrer/innen durch Freistellung von Deputatsstunden
- Anerkennung für engagierte Schüler/innen muss vor Ort, hautnah und auf Augenhöhe erfolgen
- Anerkennung engagierter Lehrer/innen und Schulen durch die Schulverwaltung
- Anwendung und Anpassung des Berliner FreiwilligenPass als Anerkennungs-instrument
- Fahrgeld-/ Auslagenerstattung für engagierte Schüler/innen muss obligatorisch sein
- Engagementförderung der Schulen ist ein eigenständiger Punkt der Selbstdarstellung und Qualitätsmerkmal guter pädagogischen Arbeit

**„Engagementförderung von und für Senioren/innen“ -
unter besonderer Berücksichtigung von älteren Migranten/innen**

<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Koordination:</u>	Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
<u>Moderation:</u>	Carola Schaaf-Derichs
<u>Pate:</u>	Gregor Hoffmann, MdA, CDU Fraktion
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	27. November 2006, 17:00 bis 19:00 Uhr

1. Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs und den Paten, Herrn Hoffmann, MdA

Frau Schaaf-Derichs stellt die Aufgaben der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft vor und erklärt das Patenmodell der Runden Tische, die seit 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen, von Treffpunkt Hilfsbereitschaft durch die Unterstützung der Abgeordneten aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und der Senatsverwaltung für Soziales stattfinden konnten.

Herr Hoffmann begrüßt die Teilnehmer/innen und bedankt sich für die Einladung als Pate angefragt worden zu sein.



2. Überblick über Engagementförderung im Seniorenbereich in Berlin

Frau Weigl, Koordinatorin der Runden Tische und Leiterin des senior-Trainer/innen-Projekts, gibt mit ihrem Impulsreferat einen kurzen Überblick über die Situation der Engagementförderung von und für Senioren/innen in Berlin.



Frau Weigl bezieht sich bei ihren Ausführungen auf die Zielsetzungen, die in den „Berliner Leitlinien zur Politik für Seniorinnen und Senioren“ zur Engagementförderung aufgestellt sind. Die „Berliner Leitlinien zur Seniorinnen- und Seniorenpolitik“ verstehen sich als Impulsgeber für einen gesellschaftlichen Dialog, der seniorenpolitische Ziele und Anliegen weiter entwickeln möchte. Diese Intention soll auch mit diesem Runden Tisch verfolgt werden. Dabei sollen drei Zielgruppen und deren engagementpolitische Relevanz näher beleuchtet werden.

Die Zielgruppe der „Aktiven Alten“

Die Lebenslage der „Generation 50 +“ oder auch der „jungen Alten“ ist von einer guten gesundheitlichen, bildungsmäßigen und ökonomischen Situation gekennzeichnet.

(1,7 % der über 65jährigen erhalten Grundsicherung, hingegen 18% der unter 18jährigen Sozialhilfe).

Die jungen Alten zeichnen sich aus durch einen reichen Schatz an Erfahrungswissen und Engagementpotentialen sowie dem Wunsch diese einzubringen und teilzunehmen an gesellschaftlichen und politischen Mitwirkungs- und Mitgestaltungsprozessen.

Der Wille an politischer Mitwirkung mündete in das seit Juni 2006 in Kraft getretene Seniorenmitwirkungsgesetz. Es gewährt als gesetzliche Vorgabe, Menschen über 60 Jahre eine politische Mitbeteiligung im Rahmen der bezirklichen Seniorenvertretungen und des Seniorenbeirats auf Landesebene. Nachdem die erste Phase der Beauftragung von Vertreter/innen für die Seniorenvertretungen angelaufen ist, bleibt nun zu fragen, wie die Umsetzung gelungen ist und wie gut ältere Migranten/innen in diesen Prozess eingebunden werden konnten.

Ein weiterer Anspruch der Berliner Leitlinien richtet sich an eine: „aktivierende Seniorenpolitik, die Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement zum Zwecke der gesellschaftlichen und sozialen Integration fördert.“

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist nach Erkenntnissen des neusten Freiwilligen-Surveys, insbesondere bei der älteren Generation, im Vergleichszeitraum von 1999 bis 2004 deutlich gestiegen. Hier sind laut Freiwilligen-Survey noch weitere Potentiale zu entwickeln.

Bestehende Projekte, wie die Altenselbsthilfe, mit langer Tradition in Berlin und nicht zu vergessen ein Restbestand von sechs der ehemals 15 Erfahrungswissenprojekten, die seit Anfang der 90er Jahre in Berlin entstanden sind, werden in diesem Sinne durch den Berliner Senat gefördert. Ein neuerer Ansatz, das Engagement Älterer für das Gemeinwesen zu gewinnen, ist mit dem Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ seit Oktober 2005 auch in Berlin angekommen. Im Rahmen des EFI- (Erfahrungswissen für Initiative) Nachfolgeprogramms: „Impulse für die Zivilgesellschaft“ wurden seit Anfang dieses Jahres 22 Seniorentainer/innen ausgebildet, die sich aktiv in und für Gemeinwesenprojekte engagieren. Bei der Realisierung dieses Projekts wirkt die Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft als initiiierende und begleitende Instanz, um den Seniorentainer/innen den Einstieg in ein selbst bestimmtes Engagement zu ermöglichen.

Der in den Berliner Leitlinien postulierte Ansatz „Lebenserfahrungen und Erfahrungswissen der älteren Generation zu erhalten und zu reaktivieren“ sollte in der gezielten Weiterführung dieser Erfahrungswissenprojekte eine sinnvolle Umsetzung finden.

Nicht unerwähnt bleiben, sollen in diesem Überblick, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, die unzähligen Senioren/innen, darunter auch viele Seniorinnen und Senioren nicht deutscher Herkunft, die in den bezirklichen Sozialkommissionen, in Verbänden und Initiativen sehr engagiert ihre Kompetenzen und Erfahrungen für andere einbringen.

Frau Weigl stellt als Fazit fest, dass in großer Zahl und in vielfältigen Formen Engagement von Senioren/innen in Berlin vorhanden ist. Damit es sich vertiefen und verbreitern kann, braucht es weiterhin und weitere gute Rahmenbedingungen, die nicht kostenlos herzustellen sind. Diese Auffassung wurde bei zahlreichen Runden Tischen und in der „Charta zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin“ als Konsens aufgefasst. Engagement braucht aber auch Offenheit und Akzeptanz von Seiten der Politik. Teilhabe Älterer, insbesondere von älteren Migranten/innen sollte nicht nur in den senioren-politisch vorgesehenen Gremien stattfinden, sondern auch in allen öffentlichen Strukturen, die eine Mitwirkung herausfordern. Das heißt: ältere Menschen bringen sich vermehrt ein und mischen mit! Das sollte nicht als Drohung, sondern als offensives Angebot verstanden werden.

Die Zielgruppe „Menschen zwischen Arbeit und Rente“

Diese weniger beachtete Gruppe Älterer, sind Menschen, die nach ihrem freiwilligen oder meist unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und vor Erreichen des Renteneintrittsalters stehen. Hieraus kann sich ein nach dem aktuellen Schichtendiskurs benanntes „Prekariat“ oder konkreter formuliert eine „Lebenslage mit nachberuflichem Erwerbsbedarf“ entwickeln.

Diese Menschen sind in der Regel über ihre ungewollte Arbeitslosigkeit verzweifelt, da die Chancen auf Rückkehr in den Arbeitsmarkt eine eher schlechte Prognose haben. Um aus der Sinnlosigkeit und Untätigkeit heraus zu kommen, übernehmen sie oft ehrenamtliche Aufgaben. Sie wollen sich engagieren, stehen aber aufgrund ihrer ungenügenden sozialen Absicherung in dem Dilemma, bezahlter Arbeit nachzugehen zu müssen. Dieser Fakt erschwert nachvollziehbar ein rein freiwilliges Engagement. Der Erwerbszwang Älterer ist kein Szenario von morgen, sondern ganz aktuell bei zahlreichen Senioren/innen hier in Berlin im Freiwilligensektor anzutreffen. Um Altersarmut der heute jungen Alten, wie auch der zukünftigen „alten Alten“ zu vermeiden, bedarf es zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten für Ältere, die durchaus auch mit Sektor des freiwilligen Engagements zu verbinden sind. Um dies zu begünstigen ist eine „Weiterbildungsoffensive“ für Ältere im Sinne des nicht nur als Schlagwort in den Berliner Leitlinien benannten „Lebenslangen Lernens“ notwendig. Hier ist die Senatsverwaltung für Arbeit gefragt, die nun auch im Zuständigkeitsbereich von Frau Senatorin Dr. Knake-

Werner angesiedelt ist. Wir dürfen gespannt sein, welche Strategien dafür entwickelt werden.

Die Zielgruppe der hochbetagte Menschen über 80 Jahre

Gekennzeichnet ist diese Lebensphase des so genannten 4. Lebensalters von einer erhöhten Verletzlichkeit und der hohen Wahrscheinlichkeit, Hilfe- und Pflege zu benötigen. Zudem ist eine Singularisierung und das daraus entstehende Problem der sich erschwerenden sozialen Teilhabe, insbesondere bei Hochbetagten, vermehrt anzutreffen. In den Berliner Leitlinien ist das Ziel des „Alterns in Würde“ festgeschrieben.

Das bedeutet hier, Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe so lange wie möglich zu erhalten und zu stärken. Dabei ist die: „Sicherstellung der zunehmenden Versorgung und Pflege alter Menschen“ von zentraler Bedeutung. Hierzu zählt auch die Verantwortung für die Umsetzung des Heimgesetzes als neuer Aufgabenbereich der Länder.

Im neuen Koalitionsvertrag des Rot-Roten Senates ist die Pflege Älterer als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert. In bestimmter Form war Altenpflege schon immer ein Bereich der Laien- und Angehörigenarbeit. Um diese Strukturen zu fördern, hat Berlin mittlerweile einiges vorzuweisen. Gefördert werden: die Selbsthilfe - Alte für Alte – auch unter Einbezug von jüngeren Menschen, Freiwilligenprojekte, wie bspw. ambulante und stationäre Besuchsdienste, das „Berliner Seniorentelefon“ sowie niedrigschwellige Angebote nach § 45 a-c des SGB XI. Aber auch professionelle Strukturen, wie die „Koordinierungsstellen Rund ums' Alter“, „Pflege in Not“, „Besiz“ und Beratungsangebote für ältere Migranten/innen wie bspw. „IDEM“ sind zu nennen.

Das sind unbestreitbar richtige und wertvolle Ansätze, aber in Anbetracht der steigenden Zahl hochbetagter Menschen, darunter viele ältere Menschen mit Migrationshintergrund und der daraus resultierenden Zunahme an Hilfe- und Pflegebedarfen und dem Wunsch an sozialer Teilhabe, wird das bereits genannte Angebot zukünftig nicht ausreichend sein. Es stellt sich daher die Frage, mit welchen Konzepten und Maßnahmen von Seiten der Senatsverwaltung auf diese steigenden Bedarfe reagiert wird.

Die abschließende These lautet daher:

Engagementförderung für und von Senioren/innen ist eine grundlegende Bedingung für ein „Altern in Würde“. Sie muss als generations- und kultursensible Querschnittsaufgabe gestaltet werden.

unterstreicht die bedenkenswerten Ausführungen von Frau Weigl und unterstreicht die Wichtigkeit einer Zielgruppendifferenzierung der älteren Menschen.

3. Diskussion

Frau Wrobel (IDEM – Informationszentrum für dementiell erkrankte Migranten/ innen) beschreibt das Projekt „IDEM“ als eine professionell geführte Anlaufstelle für ältere Menschen und deren Angehörige, die mit ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen arbeitet. Zur

„Älter werden ist ein kulturelles Phänomen. Altwerden wird zu „deutsch“ definiert. Menschen werden ab 55 Jahre als „junge Alte“ bezeichnet, so sehen sich ältere Migranten/innen keineswegs.“

Gewinnung von Ehrenamtlichen nutzt Frau Wrobel die fremdsprachige Presse, den offenen Kanal Berlin, Radio Multi-Kulti, Multiplikatoren und die Mundpropaganda in den Communities. Älterwerden ist nach Worten von Frau Wrobel ein kulturelles Phänomen. Es

wird insbesondere in der türkisch-arabischen Kultur anders definiert als im europäischen Sinne. Altwerden wird ihrer Meinung nach im Seniorenmitwirkungsgesetz zu „deutsch“ definiert. Menschen werden darin ab 55 Jahre als „junge Alte“ bezeichnet, so sehen sich ältere Migranten/innen keineswegs. In den moslemischen Kulturen beginnen Menschen sich ab dem 45. Lebensjahre als alt zu verstehen. Dies ist mit einem anderen Verständnis ihres Altseins und mit großem Stolz und Wertschätzung von den Jüngeren verbunden. Die Lebenserwartung der ersten Generation ist wesentlich geringer als bei deutschen Senioren/innen. Daraus leiten sich Konsequenzen ab, die bei der Zielgruppensuche für ehrenamtliche Migranten/innen von großer Bedeutung sind und sich stärker auf die zweite Generation der Migranten/innen bezieht.



Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft) gibt zu bedenken, dass es zu einer Veränderung der Erwerbslebenszeit für die gesamte Gesellschaft kommen wird. Bürgerschaftliches Engagement kann eine Brücke bauen, um das Selbstwertgefühl auch nach dem Ausscheiden aus dem Beruf zu stärken und das Älterwerden als Wert und mit Stolz zu erleben.

Frau Villbrandt, MdA (seniorenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen)

stellt fest, dass Migranten/innen in Berlin in den für unsere Augen unsichtbaren Bereichen, wie bspw. in nachbarschaftlichen und familiären Strukturen bereits sehr engagiert sind. Insbesondere in den offiziellen, seniorenpolitischen Gremien, wie den Seniorenvertretungen tauchen sie jedoch noch zu wenig auf. Frau Villbrandt bedauert, dass bei der Verfassung des Seniorenmitwirkungsgesetzes zu wenig auf die Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen wurde. Dabei ist realistisch festzustellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund selbst Berührungängste haben. Zudem sind die bestehenden Gremien oft sehr geschlossen und der Zugang für neue Teilnehmer/innen eher schwer. Dieser Prozess der Öffnung muss unterstützt und gefördert werden. Frau Villbrandt möchte diese Gelegenheit heute nutzen, um von der Senatorin Aussagen zur zukünftigen Seniorenpolitik zu erfahren.

„Bei der Verfassung des Seniorenmitwirkungsgesetzes wurde zu wenig auf die Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen.“

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

erinnert daran, dass das Ergebnis des 1. Runden Tisches (Quoten für die Partizipation von Migranten/innen in öffentlichen Gremien) die Feststellung war, dass eine Durchmischung von Gremien von beiden Seiten schwierig sei. Dabei müssen die Möglichkeiten und Grenzen von bürgerschaftlichem Engagement, um diesen Prozess zu stärken, realistisch bewertet werden.

Herr Schuhose (SeniorExpertService Berlin Brandenburg)

erläutert die Aufgaben der 4500 registrierten SeniorExperten und Expertinnen. Diese sind beruflich erfahrene Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschiedenen sind. Sie engagieren sich innerhalb von meist unternehmerischen Projekten, die weltweit, aber auch in Deutschland durchgeführt werden. Die Projekte werden von den SeniorExperten ehrenamtlich, mit einer kleinen Aufwandsentschädigung durchgeführt. Die Einsatzzeit kann 3 Wochen bis 6 Monate betragen. Nach der Wende sind viele Experten in die neuen Länder gegangen und haben dort Unterstützung geleistet. Derzeit ist das Thema Jugend und Schule ein wichtiges Einsatzfeld geworden. SeniorExperten gehen in die Schulen und begleiten Schulabgänger bei ihren Bewerbungen. Derzeit wird auch ein Einsatz mit einer polnischen Fachschule durchgeführt. Der SeniorExpertenService sucht weiterhin neue Experten, die jünger sind als diejenigen, die bereits seit mehr als zehn Jahre aktiv sind. Jährlich sind etwa 500 Experten im Einsatz.



Herr Dr. Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin)

stellt fest, dass das bürgerschaftliche Engagement eine wachsende Ressource ist. Bei einer wissen-

„Zahlreiche vorhandene Projekte sind nur begrenzt für eine²⁸ interkulturelle Öffnung geeignet.“

schaftlichen Untersuchung wurde festgestellt, dass das klassische Ehrenamt nach wie vor im Paritätischen Wohlfahrtsverband sehr verbreitet ist und aktuell 40.000 Ehrenamtliche im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband tätig sind. Es fehlt an Strukturen in den Vereinen, die das bürgerschaftliche Engagement weiterentwickeln können und an Impulsen, die in den sozialen Raum und in die städtische Gesellschaft ausstrahlen. Hier könnte man fragen, wie eine zukunftsfähige kommunale Daseinsfürsorge beschaffen sein muss und welche Aufgaben ältere Menschen darin übernehmen sollen. Es bedeutet einen Paradigmenwechsel, der Senioren/innen aktiv beteiligt und ihre Potentiale einbezieht, die für andere Generationen genutzt werden können. Daher braucht es nicht nur das Engagement im Sinne „Alte für Alte“, sondern Engagementstrukturen, die generationsübergreifend ansetzen und das gesamte Gemeinwesen einbezieht. Es gibt dafür bereits interessante Beispiele, wie Hausprojekte in Berlin. Herr Dr. Löhnert berichtet von dem Film „Alt und Jung im Rampenlicht“, den das Theater der Erfahrungen produziert hat. In sechs Berliner Stadtteilzentren werden seit Juni 2005 generationsübergreifende Projekte angeboten, diese vorhandenen Strukturen müssen ausgebaut und etabliert werden. Herr Dr. Löhnert regt einen „best-practice Prozess“ des bürgerschaftlichen Engagements für die generationsübergreifende und interkulturelle Arbeit an. Er stellt fest, dass zahlreiche vorhandene Projekte nur begrenzt für eine interkulturelle Öffnung geeignet sind. Die Zugänge können sehr gezielt über geeignete Multiplikatoren erreicht werden, oder über Tandem-Projekte.

Es sind Grundeinsichten notwendig. Eine davon besagt, dass es für die Teilhabe von älteren Menschen mit Migrationshintergrund struktureller und institutioneller Veränderungen bedarf. Die zweite ist, dass die Integration von Migranten/innen keine Bürde, sondern eine Chance für das Gemeinwesen ist. Im „Arbeitskreis Migranten und Selbsthilfe“ wurde beschlossen, dass in jeder Selbsthilfekontaktstelle, also in jedem Berliner Bezirk, ein Beratungsangebot angesiedelt werden soll, um die spezifischen Probleme der Migranten/innen wahrzunehmen. Dafür müssen die vorhandenen Ressourcen, wie bspw. der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, die Stadtteilzentren und gesamtstädtische Projekte, in dieser Stadt gebündelt werden, um über die Fachdiskussion hinaus zu einer Aktivierung der Projekte zu kommen, die geeignete Integrationskonzepte umsetzt.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

würdigt die Verbindung, die Herr Dr. Löhnert mit den biografischen Verläufe und den gegebenen Strukturen gezogen hat. Integration muss aktiv an den bestehenden Schnittstellen gestaltet werden. Selbsthilfe mit Migranten/innen ist eine neue Aufstellung.

Herr Lehmann (MdB) (sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion)



gibt zu bedenken,
dass man Engage-

„Eine Weiterbildungsoffensive für Menschen über 50 Jahre ist erforderlich. Ältere Menschen müssen eine Chance bekommen, um sich weiterzuentwickeln und aktiv zu bleiben.“

ment nicht am Alter festmachen könne, daher müssen Altersgrenzen flexibel gehandhabt werden. Der demografische Wandel ist eine große Herausforderung für die Politik, um adäquate Rahmenbedingungen zu setzen. Um der Gefahr der Vereinsamung, besonders von Migranten/innen der ersten Stunde, entgegenzuwirken, bedarf es spezifischer Angebote mit und für Senioren/innen. Herr Lehmann begründete die Zustimmung der FDP zum Seniorenmitwirkungsgesetz. Er hält eine Definition der Altersgrenzen, wie sie im Gesetz vorgenommen wurden, für schwierig. Er wies darauf hin, dass es noch nachgebessert werden könne. Ferner fragt er: was macht man mit dem freigesetzten Potential der Älteren? Er hält eine Weiterbildungsoffensive für Menschen über 50 Jahre für erforderlich. Ältere Menschen müssen eine Chance bekommen, um sich weiterzuentwickeln und aktiv zu bleiben. Herr Lehmann weist darauf hin, dass es offensichtliche bei fast allen Organisationen Probleme gibt, Menschen zu gewinnen, die zwischen 50 und 60 Jahre alt sind. Dafür muss man gezielte Werbestrategien konzipieren und Multiplikatoren/innen ansprechen.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

bestätigt, dass man Mittler brauche, um Menschen zielgruppenspezifisch anzusprechen. Ein systematischer Zugang mit entsprechenden Angeboten für Migranten/innen wird derzeit im Treffpunkt Hilfsbereitschaft erprobt. Diese Erfahrungen können weitergegeben werden.

Frau Zabel (Caritas Verband Migrationsdienst)

erklärt, dass die neuen Rahmenbedingungen des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf der bezirklichen Ebene, um die Arbeit mit älteren Menschen zu gestalten, angekommen sind.

„Die Älteren werden jünger und bunter. Es gibt neue Zielgruppen in der Altenhilfe, u. a. die der älteren Zuwanderer.“

Die Älteren werden jünger und bunter. Es gibt neue Zielgruppen in der Altenhilfe, u. a. die der älteren Zuwanderer. Mit dem Mitwirkungsge-

setz ist eine Möglichkeit geschaffen worden diese Gruppe stärker mit einzubeziehen. Engagement von Älteren muss erschlossen werden. Frau Zabel bekräftigt, dass nicht mehr recherchiert werden müsse. Es gehe darum, die vorhandenen Potentiale zu erschließen und diese in konkrete Projekte umzusetzen. Frau Zabel fragt, wie es in den Sozialkommissionen und in den bezirklichen Seniorenvertretungen weitergehen könne. Sie berichtete, dass bei den Wahlen Vorurteile gegen Kandidaten nicht deutscher Herkunft deutlich wurden, wenn diese viele Stimmen erhielten. Die Wahlen waren ein Prozess von acht Monaten. Die Menschen kannten sich am Ende des Projektes untereinander und es gab auch sehr erfreuliche Annäherungen zwischen deutschen und nicht deutschen Senioren/innen. Wählen ist ein demokratischer Prozess, dieser muss von vielen Migranten/innen erst wieder gelernt werden. Das normale Wahlprozedere wurde bei den Vorbereitungen nicht mitgeteilt, dadurch kam es zu ungültigen Stimmen. Ältere Migranten/innen haben ein großes Interesse daran, Migration als Mehrgewinn zu vermitteln und Beispiele gelungener Migration in die Schulen einbringen.

„Wählen ist ein demokratischer Prozess, dieser muss von vielen Migranten/innen erst wieder gelernt werden.“

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

berichtet über den Runden Tisch „Quoten für Migranten/innen“ und die dort aufgeworfene Diskussion, ob eine Art „Führerschein“ für Partizipationskompetenz sinnvoll wäre, um einen niedrigschwelligen Zugang zu erleichtern.

Senatorin Dr. Knake-Werner (Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales)

äußert den Wunsch bei diesem Runden Tisch nur zuzuhören. Sie findet es bereichernd und angenehm, Erfahrungen aus der Praxis zu hören. Sie hebt hervor, dass es wichtig war zu hören, dass es kulturell geprägte Altersbilder gibt, die das eigene Älterwerden ganz anders bewerten, als dies in der deutschen Vorstellung vertreten ist.



Wichtig zu thematisieren bei der Integration von Migranten/innen ist ihrer Meinung nach, dass auf beiden Seiten so genannte „closed shops“ anzutreffen sind. Abschottungstendenzen sind Realität, die es für die Arbeit der Stadtteilzentren nicht leicht machen einen Zugang zu älteren Migranten/innen zu bekommen. Die interkulturelle Öffnung der Stadt-

teilzentren ist seit den letzten fünf Jahren auf einem guten Weg, der Zeit und Geduld braucht. Ein gutes Beispiel sei, dass neben dem generationsübergreifenden auch ein in-

„Die interkulturelle Öffnung der Stadtteilzentren ist seit den letzten fünf Jahren auf einem guten Weg, der Zeit und Geduld braucht.“

terkultureller Ansatz in einem Projekt umgesetzt werde. Sie hob besonders das „Theater der Erfahrungen“ hervor, das mit seinem neusten Filmprojekt bereits erwähnt wurde. Ähnliches gilt auch für die Tandemprojekte, die nachhaltig angelegt sind und an bestehende Infrastrukturen angedockt sind, diese Richtung soll weiter fortgesetzt und gefördert werden. Es gibt aber nicht ein allgemeines Rezept, das für die unterschiedlichen Projekte und Initiativen gleichermaßen greift. Diese konnten entstehen,

weil es Impulse und Rahmenbedingungen gab, die Unterschiedlichkeit zugelassen hat. Damit konnten vorhandene Potentiale aufgenommen und gebündelt werden. Eine Sache bleibt nach wie vor ein wichtiges Thema: „wie man den Deckel zum Pot bringt“ d.h., wie bringt man die vorhandenen Potentiale an die Stelle, an der sie gebraucht werden? Zielgruppen müssen daher gezielt angesprochen werden, dies gilt im Besonderen für Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Zu Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement bestehen oft völlig unterschiedliche Vorstellungen. Es gibt viele, die sich nicht in die traditionellen Strukturen der Wohlfahrtsverbände einbinden lassen wollen. Daher brauchen wir verschiedene und zielgruppenspezifische Engagementangebote.

Diese Bedarfe muss man zur Kenntnis nehmen und adäquate Formen dafür entwickeln. Wenn wir die Strukturen der Zivilgesellschaft aufrechterhalten und weiterentwickeln wollen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter gewähr-

„Zu Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement bestehen oft völlig unterschiedliche Vorstellungen. Daher brauchen wir verschiedene und zielgruppenspezifische Engagementangebote.“

leisten wollen, werden wir ohne bürgerschaftliches Engagement nicht auskommen. Dies gilt für alle, die politisch aktiv sind und mit gesellschaftlichen Aufgaben verbunden sind. Dafür ist der Treffpunkt Hilfsbereitschaft ein zentrales Scharnier, um dies weiter zu befördern.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

spricht der Senatorin ihren Dank für die Rückendeckung und die Unterstützung bei der Verstetigung engagementfördernder Strukturen aus. Die Fortsetzung der „Runden Tische“ im kommenden Jahr, könnte sich mit Themen beschäftigen, die in den Ressorts ihrer Verwaltung, Integration, Arbeit und Soziales, mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun haben.

Frau Radziwill (sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion)

weist darauf hin, dass es bereits viel Engagement von Migranten/innen gibt. Da es oft nicht in die herkömmlichen Strukturen eingebunden ist, wird es nicht als bürgerschaftliches Engagement wahrgenommen. Wie auch in der deutschen Gesellschaft, so ist bürgerschaftliches Engagement in den türkischen und arabischen Communities in der Mittelschicht anzutreffen. Der große Unterschied ist aber, dass diese Mittelschicht in den Communities noch verhältnismäßig klein ist und die Migranten/innen erst in bürgerschaftliche Strukturen hineinwachsen müssen. Wir sind aufgerufen, unsere Bemühungen der Teilhabe von Migranten/innen aller Generationen und Altersgruppen zu bedenken und entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten vorzuhalten. Die Angebote sind in der Stadt noch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Man muss überall das vorhandene Potential der Migranten/innen sichtbar machen und sie beteiligen.



Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

resümiert, dass Engagementangebote zielgruppenspezifisch sein müssen, um Menschen zu erreichen, die bisher noch gar nicht engagiert waren. Dazu sind Multiplikatoren/innen gefragt, die Zugang zu den Communities haben.

Herr Jenne (seniorKompetenzteam Berlin)

fordert den Übergang Arbeitswelt - Ruhestand abzufedern und in Firmen, die Teilzeit- arbeitsplatzangebote machen, Ältere so lange als möglich in ihrer Erwerbstätigkeit zu belassen. Nach Herrn Jennes Meinung gibt es bei Migranten/innen eine mangelnde Vertrautheit und Unsicherheit, mit bürgerschaftlichem Engagement umzugehen. Bisher geleistetes Engagement ist eher im familiären und nachbarschaftlichen Nahbereich anzutreffen. Es bedarf Übung und Ermutigung sich für andere, im größeren Radius befindliche Aktivitäten zu engagieren. Prekäre Existenzen nehmen im mittleren Lebensalter zu, dadurch ist Altersarmut vorprogrammiert. Bürgerschaftliches Engagement ist von einer gesicherten Existenz abhängig. Es kann nicht verlangt werden, dass Menschen für ihr Engagement Geld einsetzen müssen. Auslagen und Fahrtkosten müssen erstattet werden. Herr Jenne betont, dass die Kalkulation des Ehrenamtes nicht kostenlos ist.

**„Bürgerschaftliches Engagement ist von einer gesicherten Existenz abhängig. Es kann nicht verlangt werden, dass Menschen für ihr Engagement Geld einsetzen
.. ..“**

Frau Zabel (Caritas Migrationsdienst)

bestätigt, dass es bereits vieles gebe. Man müsse nicht mehr Sachverhalte recherchieren, sondern konkret mit dem Einbezug der Migranten/innen beginnen. Frau Zabel regt an, diese Veranstaltungen in den Seniorenzentren, wie bspw. „AWO-Begegnungszentrum Kreuzberg“, „Nachbarschaftshaus Urbanstrasse“ oder dem „Haus des älteren Bürgers“, stattfinden zu lassen. Dort, wo sich die älteren Menschen treffen und ihnen zugehört wird, was sie zu sagen haben. Eine große Ressource sind die Sozialkommissionen, die nach Meinung von Frau Zabel zu wenig eingesetzt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass zu diesem Runden Tisch die Migrantenorganisationen eingeladen werden müssen. Beim letzten runden Tisch waren mehrere anwesend, es bedarf der Kontinuität, damit sie sich ernst genommen fühlen. Migranten/innen müssen in diese Runden einbezogen werden und nicht nur eine Alibifunktion erfüllen.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

betont, dass die Runden Tische Raum und Gelegenheit für Austausch schaffen sollen. Dies ist mit einigen Projekten und Vereinen bereits gelungen, mit anderen bisher noch nicht. Die Kontinuität soll in jedem Fall gewahrt bleiben.

Frau Villbrandt (sozialpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen)

äußert ihre Unzufriedenheit über die nicht weiterführende Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement. Dafür bedarf es noch größerer Anstrengungen und Offenheit der Beteiligten. Eine Auswirkung des demografischen Wandels wird heißen, mehr bürgerschaftliches Engagement für alte Menschen zu leisten. Gleichzeitig braucht es mehr Engagementangebote für Senioren/innen. Das Dilemma ist, dass Stellen, die Beratung und Unterstützung für Migranten/innen anbieten, gekürzt werden oder mit einer Minimalausstattung arbeiten. Wenn Engagement politisch gewollt ist, muss es auch finanziert werden.

Herr Rodejohann (seniorKompetenzteam Berlin)



kritisiert, dass zu viel über Migranten/innen und über die fehlenden „jungen Alten“ gesprochen wird. Er regt an zu fragen, warum sich diese nicht engagieren (wollen). Von den „jungen Alten“ wird erwartet, dass sie sich mit ihrem Erfahrungswissen einbringen. Die gesuchten „jungen Alten“ stecken zu großen Teilen

in anderen Lebensbedingungen, als die vorherige Altengeneration. Sie sind oftmals durch Langzeitarbeitslosigkeit und existentielle Sorgen belastet. Es ist erwiesenermaßen nicht einfach, auf der Schnittstelle zwischen Arbeitslosigkeit und Ehrenamt nicht in die Mühlen der Arbeitsverwaltung und des Finanzamts zu geraten und daraus Nachteile erleiden zu müssen. Für diese Gruppe sind keine adäquaten Strukturen vorhanden. Für die

heutige „Generation 50+“ ist das bürgerschaftliche Engagement einerseits ein wesentlicher und vertrauter Bestandteil, Teilhabe zu erfahren. Sie erleben aber in zunehmendem Alter, dass sie aus den gesellschaftlichen Netzen wieder herausfallen. Von ihnen wird nun verlangt so zu tun, als ob sie aus einer ungebrochenen beruflichen Perspektive und abgesicherten bürgerlichen Strukturen kommen und sich damit ganz selbstverständlich für ein nachberufliches Engagement prädestinieren. Da gibt es durchaus Parallelen zu Menschen mit Migrationshintergrund, die auch gebrochene Erwerbsbiografien erleben mussten.

„Die gesuchten „jungen Alten“ stecken zu großen Teilen in anderen Lebensbedingungen, als die vorherige Altengeneration.“

Frau Radziwill, MdA (sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion)

stimmt Herrn Rodejohann zu, dass es zwischen älteren Migranten/innen und älteren langzeitarbeitslosen Deutschen Parallelen gibt. Sie sieht darin eher etwas Verbindendes,

„Finanzielle Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement allein halte ich für schwierig. Es müsse vermittelt werden, dass das Engagement ein „Mehrwert an sich“ ist.“

als etwas Trennendes. Finanzielle Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement allein hält sie für schwierig. Es müsse vermittelt werden, dass das En-

gagement ein „Mehrwert an sich“ ist. Frau Radziwill fehlt in der Debatte über bürgerschaftliches Engagement die Einsicht, dass der engagierte Mensch etwas gewinne, wenn er sich für etwas einsetze. Die Engagementgründe sind bei den Einzelnen vielfältig. Der Staat kann vieles finanzieren, es muss aber eine klare Trennung zwischen bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit geben. Sie regt dieses Thema als Diskussion für einen nächsten „Runden Tisch“ an. Dabei sollte auch geklärt werden, was ehrenamtlich geleistet werden kann und wo hauptamtliche Arbeit unverzichtbar ist. Als wichtigste Rahmenbedingungen für ein Engagement werden oft Fahrgeld- und Auslagenerstattung bezeichnet. Im Vordergrund sollte, nach Meinung von Frau Radziwill jedoch der „Mehrwert für den Einzelnen“, stehen.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

ist damit einverstanden, dieses Thema weiter aufzugreifen und bezeichnet es als Schnittstelle sowohl zwischen Erwerbsarbeit und Ehrenamt als auch zwischen den Generationen.

Herr Dr. Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin)

bekräftigt seine Meinung, dass man Mut haben müsse die interkulturelle Öffnung voranzutreiben. Ein konkretes Projekt, das eine junge Türkin leitet, die mit einem zugehenden An-



satz arbeitet, ist viel versprechend. Wichtig ist, seiner Meinung nach, auch die Einstellung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in den Job-Centern. Es müssten schrittweise mehr Menschen mit Migrationshintergrund in öffentliche Strukturen eingebunden werden. Dr. Löhnert unterstreicht die Wichtigkeit von „best-practice“ und die Aufgabe der Verantwortlichen das Positive stärker hervorzuheben und weiterzugeben.

Herr Eberle (AWO-Begegnungszentrum, Kreuzberg)

fragt, warum heute so wenig ältere Migranten/innen in dieser Runde anzutreffen sind. Er kritisiert, dass wieder über Migranten/innen geredet werde und nicht mit ihnen. Das erwecke den Anschein, dass die Zusammenarbeit nicht klappe. Wichtig sei zu erkennen, was bereits von ihnen geleistet werde und daran anzuknüpfen. Viele Menschen fühlen sich in Deutschland nicht als „Bürger“, daher geht der Appell, sich bürgerschaftlich zu engagieren, an ihnen vorbei. Wenn man bedenkt, dass Menschen in den Moscheen jederzeit bereit sind sich zu engagieren, weiß man, dass wir noch nicht die richtige Ansprache gefunden haben.

“Viele Menschen fühlen sich in Deutschland nicht als „Bürger“, daher geht der Appell, sich bürgerschaftlich zu engagieren, an ihnen vorbei.“

Frau Bofinger (Deutsch-Russische Ehrenamtsbörse)

bestätigt die Aussagen von Herrn Eberle, dass es nicht nur um die zielgruppenspezifischen Angebote, sondern auch um eine spezifische Ansprache gehe. Die Deutsch-Russische Ehrenamtsbörse bietet regelmäßige Informationsveranstaltungen in Integrationssprachschulen, dabei wird unter anderem über den Gewinn aus einem ehrenamtlichen Engagement informiert. Für eine Engagementaufnahme stellen erfahrungsgemäß Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote einen wichtigen Anreizfaktor dar.

“Für eine Engagementaufnahme stellen erfahrungsgemäß Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote einen wichtigen Anreizfaktor dar.“

schen Angebote, sondern auch um eine spezifische Ansprache gehe. Die Deutsch-Russische Ehrenamtsbörse bietet regelmäßige Informationsveranstaltungen in Integrationssprachschulen, dabei wird unter anderem über den Gewinn



Frau Villbrandt, MdA (sozialpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen)

betont ihre Überzeugung, dass freiwilliges Engagement ohne Bezahlung erfolgen sollte, aber mit der Erstattung von entstandenen Unkosten. Sie gibt zu bedenken, dass ältere Migranten/innen eine vergleichsweise ärmere Bevölkerungsgruppe sind, genauso wie dies auch auf einige ältere Deutsche zutreffe. Diese Menschen benötigen eine Unkostenerstattung als Grundbedingung, um sich zu engagieren.

Frau Villbrandt prognostiziert, dass wir zukünftig auch über ein, in geringem Umfang, entlohntes ehrenamtliches Engagement sprechen werden müssen. Nicht zu vergessen sind, nach ihren Worten, die Hauptamtlichen, die das Engagement der Ehrenamtlichen bündeln und koordinieren, diese gibt es bisher zu wenig. Man dürfe diese Stellen aus Sparzwängen nicht noch weiter wegbrechen lassen.

Frau Schaaf-Derichs (Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

erkennt in den letzten Ausführungen die altbekannte Ressourcenfrage. Eine Fortsetzung der Diskussion zum angesprochenen Themenbereich im Rahmen der „Runden Tische“ ist angeregt worden. In einer neuen Runde kann es darum gehen, Sachverhalte in Bezug auf die notwendigen Rahmenbedingungen von Engagement, noch einmal neu zu bewerten.

Herr Hoffmann, MdA (sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion)

gibt zu bedenken, dass Anerkennungskultur nicht nur eine Auszeichnungskultur sein kann. Ehrenamtlichkeit muss definiert und ausgelotet werden, wo die Grenzen zwischen Haupt- und Ehrenamt liegen. Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement durchsetzen und gesellschaftlich zu verankern. Menschen müssen merken, dass ihr Engagement eine Bedeutung und gesellschaftliche Wertschätzung erhält, dann wird es auch wieder attraktiver sich zu engagieren. Für die Politik gilt es daher, die Rahmenbedingungen in diesem Sinne für mehr Engagement zu verbessern.



„Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement durchzusetzen und gesellschaftlich zu verankern.“

tung und gesellschaftliche Wertschätzung erhält, dann wird es auch wieder attraktiver sich zu engagieren. Für die Politik gilt es daher, die Rahmenbedin-

gungen in diesem Sinne für mehr Engagement zu verbessern.

4. Resümee



- Die Älteren werden jünger und bunter. Es gibt neue Zielgruppen in der Altenhilfe, u. a. die der älteren Zuwanderer.

- Älterwerden sollte nicht nur zu „deutsch“ definiert werden. In den moslemischen Kulturen beginnen Menschen sich ab dem 45. Lebensjahre als „alt“ zu verstehen.
- Ältere Menschen mit Migrationshintergrund haben gesellschaftliche Berührungsängste. Zudem sind die bestehenden seniorenpolitischen Gremien oft sehr geschlossen und der Zugang für neue Teilnehmer/innen eher schwer.
- Viele Menschen fühlen sich in Deutschland nicht als „Bürger“, daher geht der Appell, sich bürgerschaftlich zu engagieren, an ihnen vorbei. Wenn man bedenkt, dass Menschen in den Moscheen jederzeit bereit sind sich zu engagieren, weiß man, dass wir noch nicht die richtige Ansprache gefunden haben.
- In jeder Selbsthilfekontaktstelle, also in jedem Berliner Bezirk, soll ein Beratungsangebot angesiedelt werden, um die spezifischen Probleme der Migranten/innen wahrzunehmen.
- Es ist eine Weiterbildungsoffensive für Menschen über 50 Jahre erforderlich, um diesen eine Chance zu geben, sich weiterzuentwickeln und gesellschaftlich aktiv zu bleiben.
- Der „Nachwuchs“ bei den Engagierten der 50 bis 60 Jährigen muss durch gezielte Werbestrategien und Multiplikatoren/innen angesprochen werden.
- Die derzeit gesuchten „jungen Alten“ stecken zu großen Teilen in anderen Lebensbedingungen, als die vorherige Altengeneration. Sie sind oftmals durch Langzeitarbeitslosigkeit und existentielle Sorgen belastet
- Prekäre Existenzen nehmen im mittleren Lebensalter zu, dadurch ist Altersarmut vorprogrammiert. Davon leiten sich Parallelen zu Menschen mit Migrationshintergrund ab, die auch gebrochene Erwerbsbiografien erleben mussten.
- Wenn wir die Strukturen der Zivilgesellschaft aufrechterhalten und weiterentwickeln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter gewährleisten wollen, werden wir ohne bürgerschaftliches Engagement nicht auskommen.
- Finanzielle Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement allein ist zu einseitig. Es muss vermittelt werden, dass das Engagement ein „Mehrwert an sich“ ist.
- Die Aufgabe der Politik besteht darin, die Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement durchsetzen und gesellschaftlich zu verankern. Menschen müssen merken, dass ihr Engagement eine Bedeutung und gesellschaftliche Wertschätzung erhält, dann wird es attraktiver, sich zu engagieren.